

Frau Präsidentin
des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 11. April 2016
GZ. BMF-310205/0055-I/4/2016

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 8162/J vom 16. Februar 2016 der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zunächst ist zur vorliegenden schriftlichen parlamentarischen Anfrage darauf hinzuweisen, dass es sich nicht um Nachschussverpflichtungen des Bundes, sondern allenfalls um vertraglich vereinbarte Verpflichtungen der Österreichischen Industrieholding AG (ÖIAG) bzw. der Österreichischen Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (ÖBIB) sowie der IMIB Immobilien und Industriebeteiligungen GmbH als Rechtsnachfolgerin der VOEST-ALPINE AG handelt. Der Bund hat daher keine derartigen Nachschüsse geleistet.

Die gegenständlichen Fragen betreffen somit eine Thematik, zu welcher dem Bundesministerium für Finanzen keine Ingerenz zusteht, weshalb entsprechend Artikel 52 B-VG in Verbindung mit den dazu erlassenen näheren Regelungen des § 91 Abs. 4 GOG eine inhaltliche Beantwortung in Form der gewünschten Auskunft grundsätzlich nicht erfolgen kann.

Es wird jedoch auf Basis der von der ÖBIB erteilten Information folgende Auskunft erteilt:

Zu 1. bis 14.:

Wie bereits erwähnt, hat der Bund keinerlei Nachschussverpflichtungen und daher auch keine derartigen Zahlungen geleistet.

Die Nachschussverpflichtungen der ÖIAG haben für den genannten Zeitraum 57,3 Mio. Euro betragen, welche in den Jahren 2002 bis 2014 an die APK Pensionskasse AG entrichtet wurden. Die Einzahlung an die APK Pensionskasse AG erfolgte aufgrund der Tatsache, dass die ÖIAG zu Beginn des Jahres 1993 der APK Pensionskasse AG beigetreten ist. Mit der Leistung des genannten Betrags hat die ÖIAG ihre Nachschussverpflichtungen zur Gänze erfüllt.

Die pensionsrechtlichen Leistungszusagen des VOEST-Konzerns wurden nicht an die ÖIAG übertragen. Die Rechtsnachfolgerin der VOEST-ALPINE AG ist die IMIB Immobilien und Industriebeteiligungen GmbH die für den genannten Zeitraum 2002 bis 2014 in Erfüllung ihrer Nachschussverpflichtungen einen Betrag von 53,7 Mio. Euro an die APK Pensionskasse AG entrichtet hat.

Die Bestimmungen des Sonderpensionenbegrenzungsgesetzes sind nicht auf Pensionskassen anzuwenden.

Der Bundesminister:
Dr. Schelling
(elektronisch gefertigt)

